



SUPERGAU FÜR DIE ALTPARTEIEN

Demokraten von CDU, SPD und FDP wählen NPD-Funktionär ins Amt

Es ist der Supergau schlechthin für die Altparteien: Das, was die AfD noch nie getan hat, haben jetzt Parteienvertreter von CDU, SPD und FDP getan. Im 2.600 Einwohner-Ortsteil Waldsiedlung der Gemeinde Altenstadt im hessischen Wetterau-Kreis haben die Ortsbeiräte von CDU, SPD und FDP einen NPD-Mann zum Chef ihres Gremiums gewählt. Jetzt steppt bundesweit der politische Bär!

Der Fall aus dem hessischen Provinznest hat das Zeug, preisverdächtig verfilmt zu werden. Die Goldene Zitrone ginge zweifelslos an die Oberdemokraten von CDU, SPD und FDP.

Was war passiert? Im Ortsbeirat Waldsiedlung musste ein neuer Ortsvorsteher gewählt werden, denn der Vorgänger von der FDP hatte vor kurzem entnervt das Handtuch geworfen. Zur Begründung des Rücktritts heißt es im Protokoll: „Der Grund der Funktionsniederlegung ist die politische Wirkungslosigkeit des Gremiums Ortsbeirat, da hier keinerlei Entscheidungsbefugnis besteht, und durch viele Beispiele belegt, die Unterstützung des Gemeindevorstandes oder gar der

Gemeindevertretung nicht gegeben ist.“

Jagsch ist Vizevorsitzender der hessischen NPD

Nun die Neuwahl mit sensationellem Ergebnis: Einstimmig wurde von allen anwesenden sieben (von neun) Ortsbeiratsmitgliedern der CDU, SPD und FDP Stefan Jagsch von der NPD gewählt. Pikanterweise ist Jagsch nicht irgendwer. Der NPD-Funktionär ist Vizevorsitzender der hessischen NPD und taucht regelmäßig in Verfassungsschutzberichten auf.

Die Erklärungen von Ortsbeirats-Mitgliedern der Altparteien für die Wahl von Jagsch klingen witzig: „Da wir keinen anderen haben – vor allem keinen Jüngeren, der sich mit Computer auskennt, der Mails verschicken kann“, begründete CDU-Vertreter Norbert Zielasko seine Abstimmung.

Man darf aber annehmen, dass die Gründe tiefer liegen und der Ortsbeirat schlussendlich einmal öffentlich zeigen wollte, wo der Hammer hängt. Denn schon im Juli 2016, kurz nach den Kommunalwahlen, hieß es öffentlich: [„Wir fühlen uns allein gelassen.“](#)

AKK: So schnell wie möglich eine Abwahl des jetzt Gewählten beantragen

Inzwischen melden sich die „wahren“ Demokraten im Lande zu Wort und wollen die Wahl des NPD-Funktionärs „korrigieren“. Allen voran Peter Tauber, ehemaliger CDU-Generalsekretär, mittlerweile zum Verteidigungs-Staatssekretär bei AKK weggelobt und Duz-Freund von Angela Merkel. Die Waldsiedlung von Altenstadt liegt ausgerechnet in seinem Wahlkreis. Er twittert:

Die Wahl eines NPD-Funktionärs zum Ortsvorsteher in [#Altenstadt](#) unter Mitwirkung von CDU-Mandatsträgern entsetzt mich sehr. Wer als Demokrat Radikalen den Weg in ein Staatsamt ebnet, geht unverantwortlich, pflicht- u geschichtsvergessen mit seinem Mandat um. (1/2)

– Peter Tauber (@petertauber) [7. September 2019](#)

Seine Chefin Kramp-Karrenbauer sagte als CDU-Vorsitzende am Abend im [Sommerinterview der ARD in der Tagesschau](#) (ab 0:15 min), dass es im hessischen Landesverband am Samstag schon die erste Sondersitzung der Gremien vor Ort gegeben habe. AKK ziemlich verquast: „Ziel ist es, so schnell wie möglich eine Abwahl des jetzt Gewählten zu beantragen, durchzuführen, einen anderen Kandidaten an die Stelle mit zu setzen und dann auch parteiintern darüber zu reden, wie sowas passieren konnte.“ Die Wahl von Jagsch sollte auf jeden Fall rückgängig gemacht werden.

AfD: „CDU, SPD und FDP haben ein Extremismusproblem“

Und SPD-General Lars Klingbeil lässt den Super-Demokraten raushängen. Er fordert sogar, [die Wahl wieder aufzuheben](#). „Die SPD hat eine ganz klare Haltung: Wir kooperieren nicht mit Nazis! Niemals!“

Die FDP redete sich wie folgt aus der Affäre: Der Vorsitzende der FDP in der Wetterau, Jens Jacobi, sagte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Wir sind unfassbar entsetzt über diese Wahl.“ Bei den FDP-Vertretern handle es sich nicht um Mitglieder, sondern um Bürger, die als Parteilose auf die FDP-Liste aufgenommen worden seien. „Umso mehr empfinden wir dies jetzt als herbe Enttäuschung.“

Für die AfD ist der Supergau von Altenstadt eine Steilvorlage, die sie cool versenkt. Landessprecher Robert Lambrou teilte am Sonntag mit: „CDU, SPD und FDP haben in der Wetterau ein Extremismusproblem. Im Gegensatz zur CDU, SPD und FDP hat die AfD in Hessen noch nie NPD-Politiker zu Ortsvorstehern gewählt und wird so etwas auch in Zukunft nicht tun“, sagte Lambrou.
(rb)



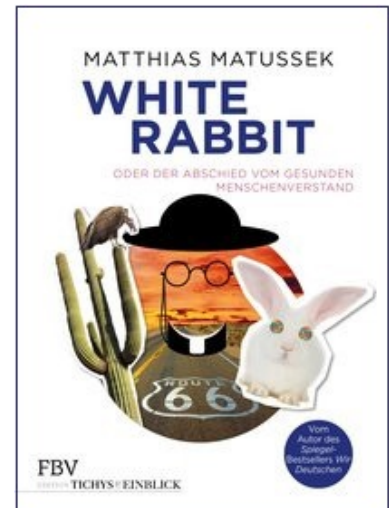
Matthias Matussek: Die marode Republik der Sprücheklopfer

Von PETER BARTELS | „Gestern“ konnte man ihn 26 Jahre lang regelmäßig im SPIEGEL, seinen Büchern lesen, immer wieder in Talkshows für Gott und die Welt streitend erleben (vor allem für den lieben Gott): “Wir Deutschen” ... “Die vaterlose Gesellschaft” ... Aktueller Seller: “White Rabbit“ (Abschied vom gesunden Menschenverstand).

Zuletzt konnte man ihn hin und wieder nur noch lesen: Neue Züricher Zeitung, Deutschland Kurier, Tichys Einblick. Jetzt gibt's Matussek auf YouTube. Jedenfalls so lange man ihn daselbst lassen darf. Immerhin: Der gefürchtete Facebook-Jäger RA Joachim Steinhöfel ist sein Nachbar...

Unsereiner gibt sich die Ehre: Hier und heute Matthias Matussek, next Volume (u.a.): [Stefan Aust](#), der von der Brücke des sinkenden WELT-Kutters weg gespart werden soll ... Ein Heiko im maageschneiderten Konfirmandenanzug ... Die ewige SPD-Gesine mit ihrem Oma-Duck-Gedöns über den Äugis...

Der SPD-Totengräber, dem die Mundwinkel inzwischen bis zu den roten Antifa-Kampfstiefeln runter hängen ... Ein Altmaier, der sich sein Wirtschaftsminister-Fachwissen augenscheinlich in der Wirtschaft um die Ecke angefressen hat...



Das neue Buch von Matthias Matussek: [„White Rabbit“](#).

Und manche anderen, die Matussek in seiner Matrix plaudernd vor sich hin reloaded. Bissig bis bisschen nett, meist trocken wie ein Brett; seine Schwinger kommen aus der Tiefe des gesunden Menschenverstands. Nix für all die Gretas von Schloß Gripslos. Natürlich auch nix für die rot Benebelten von Absurdistan.

Gleich gar nix für all die grünen Götzen, die sich selbst anbeten. Die werden doch bloß wieder rot bis kurz vorm Platzen, wie Diesel-Antonia im Reichstag, wenn die Intellektuellen der AfD ihn wieder mal erwischt haben.

Matussek so was wie Henryk M. Broder? Ja und Nein: Beide kommen vom „Spiegel“, als der noch SPIEGEL war. Der eine ist Jude, der andere Christ. Der eine ist weiß und weise, der andere erst grau und weise. Ein teilweise gemeinsamer Gott. Aber ein gänzlich ähnlicher Spott.

Broder macht's in fünf Minuten ... Matussek nimmt sich diesmal etwas mehr Zeit, zehn Minuten. Aber er schießt auch aus der Hüfte. Und trifft auch immer ... Viel Spaß!



Ex-BILD-Chef Peter Bartels.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Pe
te
r
Ba
rt
el
s
wa
r
zu
sa
mm
en
mi
t
Ha
ns
-
He
rm
an
n
Ti
ed
je
zw
is
ch
en

19
89
un
d
19
91
BI
LD
-
Ch
ef
re
da
kt
eu
r.
Da
vo
r
wa
r
er
da
se
lb
st
üb
er
17
Ja
hr
e
Po
li
ze
ir
ep

or
te
r,
Re
ss
or
tl
ei
te
r
Un
te
rh
al
tu
ng
,
st
el
lv
.
Ch
ef
re
da
kt
eu
r,
im
"S
ab
ba
tj
ah
r"
en
tw

ic
ke
lt
e
er
al
s
Ch
ef
re
da
kt
eu
r
ei
n
TV
-
un
d
ei
n
Me
di
zi
n-
Ma
ga
zi
n,
lö
st
e
da
nn
Cl
au

s
Ja
co
bi
al
s
BI
LD
-
Ch
ef
ab
;
Sc
hl
ag
ze
il
e
na
ch
de
m
Ma
ue
rf
al
l:
"G
ut
en
Mo
rg
en
,
De
ut

sc
hl
an
d!
".
Un
te
r
"R
am
bo
"
Ti
ed
je
un
d
"D
ja
ng
o"
Ba
rt
el
s
er
re
ic
ht
e
da
s
Bl
at
t
ei
ne

Au
fl
ag
e
vo
n
üb
er
fü
nf
Mi
ll
io
ne
n.
Da
na
ch
CR
BU
RD
A
(S
UP
ER
-
Ze
it
un
g)
,
BA
UE
R
(R
EV
UE

),
Fa
mi
li
a
Pr
es
s,
Wi
en
(T
äg
li
ch
Al
le
s)
. In
se
in
em
Bu
ch
"D
ie
Wa
hr
he
it
üb
er
de
n
Ni
ed
er

ga
ng
ei
ne
r
gr
oß
en
Ze
it
un
g"
(h
ie
r
be
st
el
le
n!
)
be
sc
hr
ei
bt
Ba
rt
el
s,
wa
ru
m
BI
LD
bi
s

20
16
ru
nd
3,
5
Mi
o
se
in
er
tä
gl
ic
he
n
Kä
uf
er
ve
rl
or
;
in
zw
is
ch
en
me
hr
al
s
4
Mi
o.
Ba
rt

el
s
is
t
zu
er
re
ic
he
n
üb
er
FB
un
d
se
in
en
Bl
og
ba
rt
el
s-
ne
ws
.d
e.



Bremerhaven: „Klimaaktivisten“ blockieren Einfuhr von SUVs

„Klimaaktivisten“ von Greenpeace haben am Samstag auf dem Autoterminal in Bremerhaven das Entladen eines Schiffes blockiert und an der Schiffswand „Klimakiller an Bord“-Banner angebracht.

Das Bremer Regionalmagazin [„Buten und Binnen“](#) berichtet:

Greenpeace-Aktivisten haben am Morgen in Bremerhaven gegen die Entladung eines Auto-Transportschiffes im Nordhafen demonstriert. Dabei besetzten sie der Polizei zufolge die Verloaderampe eines Autotransporters und verhinderten so das Entladen von Geländewagen.

Laut Polizei waren insgesamt rund 80 Aktivisten beteiligt. Die Umweltschutzorganisation teilte dagegen mit, dass 35 Anhänger an der Aktion beteiligt gewesen wären. Das Betreten des Hafengeländes sei grundsätzlich ein Hausfriedensbruch, sagte ein Polizeisprecher. Gegen alle Personen, die sich unberechtigt auf dem Gelände befanden, seien daher Strafanzeigen gestellt worden.

Die Aktivisten waren dem Polizeibericht zufolge mit Schlauchbooten aus dem frei zugänglichen Yachthafen in den Sicherheitsbereich des Nordhafens eingedrungen. Einige von

ihnen blockierten die Laderampe, andere brachten ein Transparent mit dem Slogan „Klimakiller an Bord“ an. Zudem seien fünf Fahrzeuge, die sich während des Protests auf der Laderampe befanden, mit Parkkrallen versehen worden.

Mit der Aktion kritisiert die Organisation eigenen Angaben zufolge Autohersteller, die schwere und PS-starke Geländelimousinen (SUV) im Ausland bauen lassen und nach Deutschland verschiffen. „Diese Autos sind durch ihr hohes Gewicht und die großen Motoren deutlich klimaschädlicher als andere Pkw“, sagte ein Greenpeace-Sprecher. Greenpeace-Verkehrsexperte Benjamin Stephan sagte, mit Blick auf die Klimakrise sei es völlig unverantwortlich, SUVs herzustellen und zu fahren. „Die deutschen Hersteller müssen weg von übermotorisierten Klimakillern und viel stärker auf leichte E-Autos und Mobilitätsdienstleistungen setzen.“

Ihrer Meinung nach soll man vermutlich die Kinder in schadstoffarmen Autos zur Schule fahren oder zu den Fridays for Future. Die Genossen von der SAntifa dürfen allerdings weiter dieselbetriebene Busse benutzen, da mit den E-Varianten oder mit Eselskarren nicht die Reichweite zur nächsten Randal gegeben ist.

Die Polizei bezeichnete die Blockade als Hausfriedensbruch. Nicht berichtet wird, ob die mit Sonderrechten ausgestatteten 100 Edelaktivisten dafür auch belangt werden sollen.

Erst im Juli hatten junge Öko-„Aktivisten“ auf dem Kurfürstendamm Fahrer von SUV-Geländewagen angehalten und mit „No SUV“-Band umkreist.



Die schlimmsten Gefährder: Wähler und Berufstätige

Von WOLFGANG HÜBNER | Islamisten, Salafisten, Clans, Rechts- und Linksextremisten, asylsuchende Messerstecher und Vergewaltiger, Reichsbürger – alles lästig, aber letztlich keine echte Gefahr für die vermerkelte bunte Republik. Die wirklich für diese Republik bedrohlichen „Gefährder“ sind vielmehr etliche Millionen Bürger mit Namen Müller, Meier, Schmidt usw. Sie sind nämlich – erste Gefahr! – Wahlberechtigte. Und nicht wenige davon sind – zweite noch größere Gefahr! – gar noch berufstätig. Der gefährlichste Menschentyp in Deutschland ist folglich der oder die wahlberechtigte Berufstätige!

Dieser potentiell, zum Teil sogar schon real staatsgefährdenden Gruppe mitten unter uns muss in Zukunft die ganze strenge Aufmerksamkeit von Verfassungsschutz, Gesinnungswächtern sowie ARD und ZDF gelten. Wer glaubt, hier werde vom Verfasser dieses Textes eine besonders absurde Verschwörungstheorie gesponnen – weit gefehlt! Denn kein Geringerer als der sicher voll durchblickende und bestens informierte Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Thomas Krüger, [hat festgestellt](#): „Die Problemgruppe Nummer eins sind die berufsaktiven Menschen“. Sie sind für Krüger deshalb „Problemgruppe Nummer eins“, weil sie besonders anfällig für Rechtsextremismus seien.

Warum aber sind „berufsaktive Menschen“ eine solche

„Problemgruppe“? Der SPD-Mann, der sich auf einem Wahlplakat schon einmal nackt präsentiert hat, kommt nicht auf die Idee, das könnte damit zu tun haben, dass „berufsaktive Menschen“ das Geld erarbeiten, das politische Nichtsnutze wie Krüger nach Belieben verschleudern, wofür sie noch mit Orden geschmückt werden. Und die Mitglieder des Parteienkartells wollen mit geradezu bewundernswerter Hartnäckigkeit noch immer nicht wissen, warum ihnen immer mehr aus der unberechenbaren „Problemgruppe Wähler“ abhanden kommen.

Natürlich wäre die sofortige Abschaffung des Wahlrechts für „berufsaktive Menschen“ die Ideallösung für die derzeit Mächtigen. Denn dann wäre ihnen eine Mehrheit des Abitur-Prekariats und hüpfender Greta-JüngerInnen sowie von Habermas-Senioren und altersverschatteten Kohl-Anhängern zumindest dann gewiss, wenn selbstverständlich auch in den ehemaligen neuen Bundesländern die Wahllokale ein für alle Mal verriegelt und zugemauert würden.

Auch diese Überlegungen sind nicht der allzu wild wuchernden Fantasie des Verfassers dieses Textes entsprungen, sondern zeigen nur zugespitzt, welche Rached Gedanken gar nicht besonders unterschwellig in den gleichgeschalteten Medien nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg zum Ausdruck gebracht werden. Da ist in der FAZ vom 3. September 2019 in einem [Interview mit der Berliner Professorin Ina Geipel](#) zu lesen: „Eine erschreckend hohe Zahl hat die innere Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen“.

Zwar dürfte auch eine Professorin der traditionslinken Hochschule Ernst Busch eigentlich nicht wissen, wie es um die „innere Bereitschaft“ gleich von Millionen Menschen bestellt ist. Klar ist aber: Wer so politisch disponiert ist, stellt als Wähler ein unverantwortliches Risiko dar. Und im aktuellen SPIEGEL, in dem vor den Wahlen alles, wirklich alles unternommen wurde, um die AfD in die rechtsextreme Ecke zu stellen, ist der Frust über den Misserfolg so groß, dass nun eine wesentlich härtere Gangart nicht nur gegenüber der

verhassten Partei, sondern auch ihren Wählern gefordert wird.



Dirk Kurbjuweit.

Dirk Kurbjuweit, die Edelfeder des Hamburger Linksmagazins, [stellt im Leitartikel fest](#): „Früher war es richtig, vor allem auf Integration zu setzen, die Wähler ins Lager der liberalen Demokratie zurückzuholen, oder darauf zu hoffen, dass sich die AfD zu einer konservativen Partei innerhalb des akzeptablen Spektrums entwickelt. Diese Hoffnung ist fürs Erste dahin. Damit sollte sich auch der Umgang mit der AfD und ihren Wählern ändern. Der neue Schwerpunkt heißt Konfrontation.“

Was der ach so liberale Kurbjuweit nicht schreibt, doch klammheimlich denkt: Wenn die nicht so wählen, wie wir das akzeptieren, dann hilft nur noch Kontrolle, Einschüchterung, Repression und am Ende auch Wahlrechtverhinderung. Denn weder er noch Geipel können oder wollen das Wahlverhalten vieler Menschen in Sachsen und Brandenburg sowie demnächst auch in Thüringen damit erklären, dass es einen wachsenden Überdruß, ja regelrechten Zorn auf die Verwahrlosungserscheinungen der erstarrten Merkel-Republik und dem um sich greifenden Staatsversagen gibt.

Soviel Einsicht in die graue Realität würde ihr hochentlohntes Weltbild nicht ertragen. Da ist es doch viel bequemer, sich dumm zu stellen und alles außerhalb des „akzeptablen

Spektrums“ zu aktiven und potentiellen „Nazis“ zu erklären. Mit so viel Beschränktheit kann man heutzutage locker Spitzenredakteur oder Professorin sein. Wir haben tatsächlich auch ein hochdramatisches Bildungsproblem.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di

es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an

ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. Der
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si

tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma

nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
.
De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
[se](#)

in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.



Grün-roter Rundfunk: ARD und ZDF ignorieren Rauschen des Unmuts

ARD und ZDF sind zur Ausgewogenheit verpflichtet, so steht es im Rundfunkstaatsvertrag.

Warum ist es dann bloß so schwer, dort einen Journalisten zu

finden, der in seinen Kommentaren nicht für die linke Sache trommelt?

Manchmal zeigt sich die Wahrheit in der Abweichung vom Gewohnten, der Panne, die kurz die Routine durchbricht.

Der erhellendste Moment am vergangenen Wahlabend, als die Ergebnisse aus Sachsen und Brandenburg einliefen, war der Auftritt von Robert Habeck im ZDF.

Der Grünen-Chef war aus der Ferne zugeschaltet. Im Hauptstadtstudio saß Bettina Schausten, um ihn zum Abschneiden der grünen Partei zu befragen.

Die Zuschauer konnten Schausten hören, aber Habeck konnte es nicht, da es offensichtlich ein Problem mit der Leitung gab.

Habeck will antworten – ohne die Frage gehört zu haben

„Ich höre jetzt gar nichts“, sagte Habeck, während er an seinem Ohrstecker fingerte. „Ich kann aber trotzdem antworten, auch ohne die Frage gehört zu haben, wahrscheinlich.“ Worauf Frau Schausten geistesgegenwärtig den Daumen senkte:



„Ich glaube, das machen wir mal nicht.“

Die Szene lässt zwei Deutungen zu. Entweder verfügt Habeck über telepathische Fähigkeiten. Oder er ist durch seine Fernseherfahrung so konditioniert, dass er davon ausgeht, dass es auf Fragen von Journalisten nicht wirklich ankommt, weil man ihm grundsätzlich wohlgesonnen ist.

[Ich tippe auf Letzteres...](#)

Auszug aus der *FOCUS*-Kolumne von Jan Fleischhauer. [Hier](#) weiterlesen...



Profiteur von Katar-Millionen: Bayern agiert als islamischer Wegbereiter

Von STEFAN SCHUBERT | Der radikale Islam, wie ihn Katar fördert und finanziert, sieht in westlichen Werten und Gesellschaften seinen Todfeind. Dass sich der deutsche Vorzeigeklub FC Bayern München bewusst als Türöffner für den Terrorfinanzier Katar engagiert, um von zusätzlichen Millioneneinnahmen zu profitieren, stellt sicherlich einen der perfidesten Skandale in dem ach so politisch korrekten deutschen Profifußball dar.

Auch der Vorstandsvorsitzende des FC Bayern München, Karl-Heinz Rummenigge, ist hier zu erwähnen. Als die Presse über Katar als Gastgeber der FIFA Fußballweltmeisterschaft 2022 zunehmend negativ urteilte und die Medien über Zwangsarbeit und Todesfälle auf den Stadienbaustellen sowie inhaftierte Journalisten berichteten, schwang Rummenigge sich als

Verteidiger Katars auf. Man solle die Kritik an Katar »nicht übertreiben«, so Rummenigge.

Da passt es ins Bild, dass Rummenigge am Münchner Flughafen dadurch aufgefallen war, dass er, aus Katar kommend, zwei Luxusmodelle der Marke Rolex nicht verzollt hatte. Gegen den Vorstandsvorsitzenden des FC Bayern München wurde eine [Geldstrafe in Höhe von 249 900 Euro](#) verhängt. Rummenigge akzeptierte die Strafe von 140 Tagessätzen zu je 1785 Euro und galt seitdem als [vorbestraft](#).

Der mittlerweile desaströse Ruf des einstmaligen deutschen Vorzeigeklubs bestätigte sich auch beim Deal mit Qatar Airways, bei dem die Kataris mit jährlichen Zahlungen von über 10 Millionen Euro die deutsche Fluglinie Lufthansa als Bayern-Sponsor verdrängt haben sollen.

Katar unterstützt Bayern München und die FIFA, die Hamas und die Muslimbrüder

So kann die radikal-islamistische Muslimbruderschaft Katar ganz offen als Hauptoperationsbasis nutzen und von dort aus ungehindert agieren. Dazu muss man wissen, dass es sich bei der palästinensischen Terrororganisation der Hamas (arabisch für »Kampfgeist«) um einen Zweig der Muslimbruderschaft handelt. Eines der Ziele der Hamas besteht darin, den Staat Israel mit militärischen Mitteln zu beseitigen und an seiner Stelle einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Um das zu erreichen, verübte der militärische Arm der Hamas unzählige Terroranschläge und Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten und Soldaten. Folglich wird die Hamas von den USA, der EU, Israel und selbst von anderen arabisch-muslimischen Staaten juristisch als terroristische Vereinigung eingestuft. In der Gründungscharta der Hamas steht in Artikel 8: »Allah ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg und der Tod für Gott ihr hehrster Wunsch.« Und der politische Führer der Hamas, Chalid Maschal, residiert seit 2012 in Katar.

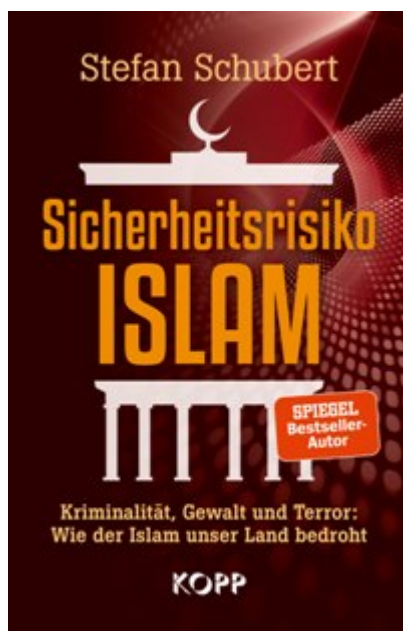
Offensichtlich haben sich die Bayern korrumpieren und vor den Propagandakarren der milliardenschweren Islamisten spannen lassen. So halten sie seit Jahren ihr Winter-Trainingslager in dem umstrittenen Wüstenstaat Katar ab, was dieser zur Aufbesserung seines Images und zum Übertönen der Kritik an der Menschenrechtslage im Lande und der direkten islamistischen Terrorfinanzierung nutzt. Ganz gezielt instrumentalisieren Islamisten also die populärste Sportart der Welt als Türöffner zu westlichen Gesellschaften.

So steht der ehemalige Präsident des katarischen Fußballverbandes, Abdulrahman bin Omeir al-Nuaymi, seit 2014 sowohl auf der US- als auch der UN-Terrorliste, weil er al-Qaida unterstutzt haben soll. Er wird beschuldigt, al-Qaida-Ableger in Syrien, Somalia, im Jemen und Irak über ein Jahrzehnt lang mitfinanziert und als Verbindungsmann zwischen Spendern aus Katar und al-Qaida fungiert zu haben. Über einen längeren Zeitraum hinweg soll er monatlich 2 Millionen Dollar an al-Qaida im Irak überwiesen haben. Natürlich bestreitet der katarische Fußball-Funktionär diese schwerwiegenden Anschuldigungen.

Ein weiterer Tiefpunkt der FC Bayern-Islam-Katar-Connection ereignete sich beim UEFA-Kongress, der im Februar 2019 in Rom stattfand. Dort wurde der katarische Chef von Paris St. Germain, [Nasser al-Khelaifi](#), obwohl die Schweizer Bundesanwaltschaft gegen ihn ermittelt, von der einflussreichen Clubvereinigung ECA in das [Aufsichtsgremium des europäischen Fußballverbandes UEFA](#) entsandt. Erster Gratulant an al-Khelaifis Seite war der Vorstandsvorsitzende des FC Bayern München, Karl-Heinz Rummenigge. Und auch der DFB segnete mit seinem damaligen Skandal-Präsidenten Reinhard Grindel, einem CDU-Mann und ehemaligen ZDF-Journalisten, diese höchst umstrittene Personalie ab.

Die schweizerische Medienseite *bluewin.ch* titelte dazu: »Bahn frei für dreckige Geschäfte – Angeklagter wird Richter«.

Man kann nur jedem Fußballfan abraten, zur Fußballweltmeisterschaft 2022 nach Katar zu reisen. Ganz besonders aber den weiblichen, denn sollten diese in Katar eine Vergewaltigung anzeigen, könnte das direkt in einer Gefängniszelle enden – und zwar für das Opfer, nicht den Täter. So wurde eine [22-jährige niederländische Touristin nach einer angezeigten Vergewaltigung eingesperrt](#) und wegen »außerehelichen Geschlechtsverkehrs« verurteilt. Das Urteil lautete 1 Jahr Haft auf Bewährung sowie 700 Euro Geldstrafe. Erst nachdem sie 3 Monate gesessen und die Geldstrafe beglichen hatte, wurde die Niederländerin entlassen und durfte zurück in ihr Heimatland reisen.



Hingegen können zahlreiche Einrichtungen der Muslimbruderschaft (MB) in Katar vollkommen offen agieren. So besitzt der Chefideologe der MB, Yusuf al-Qaradawi, die katarische Staatsbürgerschaft, und auch der TV-Sender Al Jazeera hat seinen Sitz in Doha. Laut kritischen Beobachtern dient Al Jazeera als Propagandainstrument der MB und damit als entscheidendes Werkzeug zur islamischen Radikalisierung des gesamten arabischen Raumes. Al-Qaradawi verfügt bei Al Jazeera sogar über eine eigene Fernsehsendung. Er hat eine

Fatwa erlassen, wonach es muslimischen Selbstmordattentäterinnen gestattet sei, das Kopftuch abzulegen, um sich unentdeckt unter israelische Zivilisten mischen zu können und dort eine Bombe zu zünden.

Den Holocaust bezeichnet al-Qaradawi als eine gerechte Strafe der Juden für deren Verderbtheit. Er lebt als hochangesehener Mann in der katarischen Hauptstadt Doha und wird von vielen sunnitischen Islam-Organisationen verehrt.

Und von diesem Terrorunterstützer Katar nimmt der FC Bayern München Millionen Euro entgegen, lässt sich vor den

Werbekarren der Steinzeitislamisten spannen und betätigt sich dadurch als islamischer Wegbereiter nach Deutschland.

Bestellinformation:

» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Hamm: Polizist schießt türkischen Messerstecher an

Von EUGEN PRINZ | Und wieder ist das Städtchen Hamm in Nordrhein-Westfalen der Schauplatz eines massiven Gewaltausbruchs von Zuwanderern. Nachdem erst kürzlich vier Polizisten in ihrer Freizeit von einem Migrantenmob zusammengeschlagen wurden ([PI-NEWS berichtete](#)), musste nun sogar ein Beamter von seiner Schusswaffe Gebrauch machen.

Streit zwischen Flüchtlingen und einem Türken eskaliert

In einem Mehrfamilienhaus in Hamm gerieten am Freitag drei Syrer im Alter von 16, 19 und 23 Jahren mit einem 40-jährigen Türken in Streit.

Die zunächst verbale Auseinandersetzung eskalierte. In der Folge schlugen und traten die drei syrischen Flüchtlinge auf den Türken ein. Den von Zeugen alarmierten Polizeibeamten gelang es zunächst, die beiden Parteien zu trennen.

Der verletzte Türke ließ sich in einem ebenfalls eingetroffenen Krankenwagen von einem Notarzt untersuchen, verließ jedoch plötzlich das Fahrzeug, ging zu seiner Wohnung und kehrte mit einem Messer zum Ort der Auseinandersetzung zurück.

Trotz der anwesenden Polizisten ging er damit auf den 16-jährigen Syrer los und fügte ihm mehrere schwere Stichverletzungen im Bauch-, Oberschenkel- und Armbereich zu. Einer der Beamten versuchte vergeblich, den Rasenden aufzuhalten. Schließlich musste der Polizist von der Schusswaffe Gebrauch machen, da die Messerattacke anders nicht zu stoppen war. Der Türke wurde durch die Projektile aus der Dienstwaffe lebensgefährlich verletzt. Nach Notoperationen waren am Samstag sowohl der 16-jährige Syrer als auch der Türke außer Lebensgefahr.

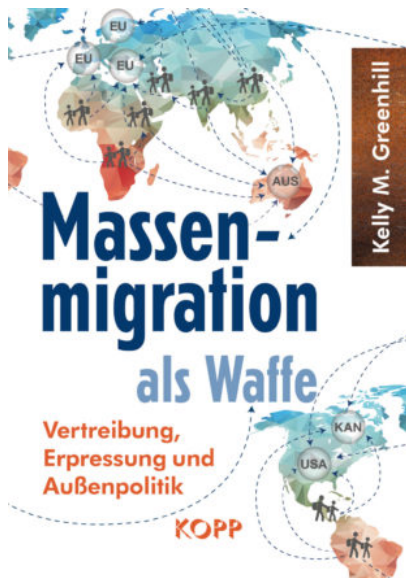
Den Grund für die Auseinandersetzung teilten Polizei und Staatsanwaltschaft nicht mit.

Ein Land, dass seine Grenzen nicht schützt ist erpressbar

Wir erleben hier die Anfänge eines Phänomens, das in einigen Jahren zum Alltag in Deutschland gehören wird: Unsere Heimat verkommt zum Austragungsort ethnischer Konflikte der hier lebenden Fremdvölker. Was sich heute noch hauptsächlich in den Ankerzentren abspielt, wird morgen das Straßenbild unseres Landes prägen.

Bezüglich der Vorfalls in Hamm sei angemerkt, dass sich das Verhältnis zwischen der türkischen Bevölkerung und den in diesem Land lebenden [3.3 Millionen syrischen Flüchtlingen](#) immer weiter verschlechtert. Diese zunehmende Aversion hat augenscheinlich auch Auswirkungen auf die hierzulande lebenden

Vertreter der beiden Ethnien. Und es kommt noch schlimmer:



Inzwischen spricht der türkische Staatspräsident Erdogan offen von einer „[Migrationsbedrohung](#)“ aus der letzten syrischen Rebellenhochburg Idlib entlang der türkischen Grenze. Er rechnet mit einem neuen Zustrom syrischer Flüchtlinge in großer Zahl und fordert von der EU finanzielle Unterstützung.

Erdogan erpresst die EU, indem er vermehrt syrische Flüchtlinge mit Booten von der Türkei nach Griechenland überfahren lässt ([PI-NEWS berichtete](#)). Inzwischen hat er unverhohlen damit gedroht, die Grenzen nach Europa für syrische Flüchtlinge zu öffnen. Deutschland wird zu den Hauptbetroffenen einer solchen Maßnahme gehören, da es das bevorzugte Zielland der Syrer ist.

Der unterlassene Grenzschutz macht uns erpressbar. Angesichts all dessen kann es nur als verbrecherisch bezeichnet werden, dass die Bundesregierung die Zuwanderung nicht stoppt und statt dessen die Bevölkerung mit der Klimadebatte von der wahren Gefahr ablenkt.

Wer jetzt noch nicht verstanden hat, dass wir Deutschen in einem Mahlstrom zerrieben werden, wenn nicht bald etwas Entscheidendes geschieht, dem ist nicht mehr zu helfen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).